Beschluss Jetzt Zukunft gestalten: Bildung und Wissenschaft

Gremium:	50. Landesdelegiertenkonferenz (LDK)
Beschlussdatum:	21.01.2024
Tagesordnungspunkt:	TOP 4 WAS JETZT ZÄHLT (Landtagswahlprogramm)

Antragstext

Kapitel 19: Studium, Wissenschaft und Hochschule

Kein Bundesland balanciert so geübt zwischen Vergangenheit und Neustart wie Brandenburg, daher sind Forschung und Innovationen für uns besonders wichtig. Hier gibt es weltweit renommierte Forschungsinstitute und acht staatliche Hochschulen mit über 50.000 Studierenden. Die bedeutende Rolle unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen erstreckt sich über wissenschaftliche Lehre und Forschung hinaus. Sie bringen wissenschaftliche Innovation, regionale Wertschöpfung und tragen zum gesellschaftlichen Diskurs bei. Unsere Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sind Anziehungspunkte für junge Menschen aus aller Welt, Schmieden für hochqualifizierte Fachkräfte und spielen eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der drängenden Fragen unserer Zeit. Insbesondere im Strukturwandel der Lausitz und in Zeiten der Klimakrise sind Hochschulen ein zentraler Baustein.

Wir werden die Bedingungen für das Studium in Brandenburg sowie erfolgreiche Forschung und Entwicklung weiter verbessern. Dazu möchten wir an der Hochschultreppe festhalten und die Grundfinanzierung der Hochschulen weiter erhöhen. Wir wollen ein Landesprogramm für Bau und Sanierung im Bereich der Hochschulen und der Studierendenwerke auflegen. Der Hochschulbau muss perspektivisch von Bund und Ländern wieder als Gemeinschaftsaufgabe verstanden werden. Dabei wollen wir mehr Mittel bereitstellen, für eine bessere Personalausstattung sorgen und Verwaltungsverfahren vereinfachen.

Wir setzen uns für die Angleichung der Arbeitsbedingungen von Wissenschaftler*innen der beiden fusionierten ehemaligen Hochschulen Technische Universität Cottbus und Fachhochschule Lausitz in Senftenberg ein. Wir wollen das Gesetz zur Fusion beider Hochschulen ablösen und in das Brandenburgische Hochschulgesetz integrieren.
Auch wollen wir die Möglichkeiten zur Mitbestimmung im Brandenburger Hochschulgesetz mit der Begrenzung der Professor*innenmehrheit und eine Beteiligung der Gremien an den Hochschulverträgen weiter ausbauen.

Auch wollen wir den Wissenstransfer von Brandenburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die Praxis stärken und vorhandene Strukturen und Ansätze, wie die Transfer- und Präsenzstellen sowie Förder- und Unterstützungsstrukturen für Gründungen und Startups im Umfeld von Wissenschaftseinrichtungen dazu weiter ausbauen.

Insbesondere die Forschungs- und Transferaktivitäten in zentralen Zukunftsbereichen, wie der Klima- und Umweltforschung, der Universitätsmedizin der Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB), am im Aufbau befindlichen Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus (IUC) und in der Lehrkräfteausbildung an der Universität Potsdam und der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg wollen wir weiter unterstützen und ausbauen. Zudem möchten wir die Angebote an Hochschulen zur beruflichen Weiterbildung stärken und so eine Fachkräftebasis für morgen sicherstellen.

Wir wollen englischsprachige Studiengänge und Lehrveranstaltungen, Online-Zugangsprüfungen für ausländische Bewerber*innen sowie gesonderte Beratungsstellen fördern. Außerdem wollen wir den Studierendenaustausch zwischen Brandenburger Hochschulen und dem Ausland weiter fördern und ausbauen.

Sozialoffensive für ein Studium, das sich alle leisten können

Wir wollen, dass gute Bildung in Brandenburg eine freie Entscheidung und kein Privileg für Wohlhabende ist. Der Zugang zu einem Studium sollte für alle ohne finanzielle Sorgen möglich sein. Darum setzen wir uns für die Abschaffung von Verwaltungs- und Rückmeldegebühren ein. Auf der Bundesebene setzen wir uns für eine deutliche Erhöhung der Sätze nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetztes (BAföG) ein.

Wir haben erfolgreich für ein vergünstigtes Deutschlandticket für Studierende gekämpft. Dieses kann nun die Semestertickets ablösen. Das Solidarmodell, bei dem alle Studierenden ein Ticket bekommen, hat sich bewährt, daher wollen wir es beibehalten.

Neben dem Studium noch zu jobben, ist in Zeiten von Inflation und steigenden Mieten für viele junge Menschen keine Ausnahme, sondern die Regel. An den Brandenburger Hochschulen arbeiten rund 2.500 studentische Beschäftigte. Doch statt fairer Entlohnung und guten Arbeitsbedingungen bekommen arbeitende Studierende häufig prekäre Verhältnisse und Stundenlöhne geboten, die sich nur knapp über dem Mindestlohn bewegen. Das stürzt nicht nur viele in Finanznöte, es bedeutet auch, dass man es sich leisten können muss, an Hochschulen zu arbeiten. Unser Ziel ist es, einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte in der Tarifgemeinschaft der Länder abzuschließen, der höhere Stundenlöhne, bessere Arbeitsbedingungen und Mindestvertragslaufzeiten von zwei Jahren enthält.

Der Wohnraummangel in Hochschulstandorten ist für Studierende besonders spürbar. Insbesondere in Potsdam ist nicht ausreichend Wohnraum für Studierende vorhanden. In anderen Universitätsstädten wie Frankfurt (Oder) und Cottbus ist die Herausforderung, den Bestand an Studierendenwohnheimen zu erhalten und zu modernisieren. Studentisches Wohnen hat oft andere Bedarfe als anderer sozialer Wohnungsbau. Daher wollen wir eine eigene Richtlinie in der Wohnraumförderung für studentisches und junges Wohnen auf den Weg bringen, die offene Fragen zum Beispiel bei Bau- und Ausstattungsstandards klärt. Zudem wollen wir die freie Kreditaufnahme durch Studierendenwerke für Investitionen in Wohnheime ermöglichen.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Armut gibt es im Kapitel „Armut bekämpfen”

Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz einen Rahmen geben

Die Arbeit unserer Hochschulen im Bereich Digitalisierung und Open Science wollen wir weiter ausbauen und dazu insbesondere die hochschulübergreifenden Strukturen und Projekte, wie zum Beispiel im Bereich der IT-Sicherheit, im Forschungsdatenmanagement sowie im Bereich Open Access, stärken.

Künstliche Intelligenz (KI) verändert unsere Lebens- und Arbeitswelt in hohem Tempo. Und auch in der Hochschulbildung ist es wichtig, dass wir uns jetzt gut auf die Chancen und Risiken von KI vorbereiten. Viele hochqualifizierte Berufe werden zukünftig jeden Tag mit KI-Anwendungen arbeiten. Studierende und junge Wissenschaftler*innen sollten darum umfassend im Bereich von KI und Data Science ausgebildet werden. Doch nicht nur der kompetente Umgang mit neuen Technologien und großen Datenmengen will gelernt sein. Auch gesellschaftliche Risiken, Sicherheitsanforderungen und ein reflektierter Umgang müssen zum unverzichtbaren Bestandteil der Hochschulbildung werden. Hierzu wollen wir vorhandene Strukturen und Kompetenzen an unseren Hochschulen weiter ausbauen.

Auch zum Lernen nutzen Studierende zunehmend KI-Tools wie Chatbots und Assistenzsysteme. Zudem birgt KI auch neue Möglichkeiten sowie Herausforderungen in der schulischen Bildung und stellt deshalb die Lehrkräfteausbildung und -weiterbildung vor neue Fragen.Daher werden wir ein Forum „KI in der Hochschulbildung“ unter der Beteiligung der Landesregierung und aller Statusgruppen an den Hochschulen einrichten, um einen verbindlichen Rahmen und ein langeseigenes Förderprogrammzu entwickeln, das gewährleistet, wie KI sicher und zukunftsweisend Teil unserer Hochschulbildung und insbesondere auch der Lehrkräfteausbildung und Bildungsforschung werden kann.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Digitalisierung gibt es im Kapitel „Digitalisierung”

Gute Arbeit für Beschäftigte an Hochschulen

Mit dem von uns in den letzten Koalitionsvertrag eingebrachten Dialogprozess „Gute Arbeit in der Wissenschaft“ haben wir Verbesserungen für wissenschaftliche und studierende Mitarbeitende an unseren Hochschulen erreicht. Den Prozess wollen wir fortsetzen und um einen landesweiten „Kodex Gute Arbeit“ ergänzen.

Dass auch große Teile der Dozierenden und Wissenschaftler*innen im akademischen Mittelbau weiterhin unter prekären Bedingungen arbeiten und sich von Vertrag zu Vertrag hangeln, ist weder gut für die Forschung noch für die Lernbedingungen von Studierenden. Wir fordern daher eine garantierte Qualifizierung in der Arbeitszeit und längere Vertragslaufzeiten. Mindestens die Hälfte der Arbeitszeit muss für der eigenen Qualifikation vorbehalten sein. Wir treten für eine angemessene Arbeitsbelastung für den akademischen Mittelbau ein und wollen dazu die Lehrverpflichtungsverordnung reformieren.Wir setzen uns für mehr unbefristete Stellen beim wissenschaftlichen Personal , weniger Ausschlüsse im Personalvertretungsgesetz und mehr Mitbestimmung durch Beschäftigte ein.Wenn Hochschulen Tätigkeiten outsourcen, darf das kein Lohndumping bedeuten: Den Beschäftigten von externen Dienstleistern muss eine tarifliche Bezahlung in Anlehnung an den Tarifvertrag der Länder gewährt werden. Auch bei den
Lehrbeauftragten haben wir großen Nachholbedarf, da sie nicht mal einen Arbeitsvertrag haben und oftmals prekär bezahlt werden - bei Ausfall oder Krankheit sind sie ohne Absicherung. Wir wollen dauerhaft tätige Lehrbeauftragte in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen umwandeln. Darüber hinaus wollen wir freiberufliche Lehrkräfte einführen und in Anlehnung an den Tarifvertrag vergüten.

Für verbesserte Personalstrukturen an den brandenburgischen Hochschulen sind flachere Hierarchien dringend erforderlich. Teil des "Kodex Gute Arbeit" soll deshalb auch die Einführung von Departmentstrukturen sein.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Gute Arbeit gibt es im Kapitel „Ländliche Räume”

Pakt für nachhaltige Hochschulen

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Orte, wo das nachhaltige Brandenburg von morgen entsteht. Wir wollen, dass unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen einen noch größeren Beitrag für nachhaltige Entwicklung leisten. Unser Ziel ist ein von den Ministerien für Wissenschaft- und Klimaschutz gemeinsam gestarteter Dialog zwischen Hochschulen, Studierendenwerken, Klimainitiativen, Verwaltung und anderen relevanten Akteur*innen.

Gemeinsam soll ein Pakt für nachhaltige Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf den Weg gebracht werden, der den Ausstoß von Treibhausgasen senkt, klimaneutrales Bauen an Hochschulen voranbringt und Nachhaltigkeit in Forschung und Lehre stärkt.

Wir wollen bei allen bestehenden Hochschulbauten und Studierendenwohnheimen eine Installation von Photovoltaik-Anlagen prüfen, nachhaltige Kriterien im Hochschulbau entwickeln und die

Berücksichtigung von Nachhaltigkeit in der Lehre vorantreiben sowie den Wissenstransfer in diesem Bereich verbessern. Dazu braucht es Nachhaltigkeitskonzepte und -beauftragte an allen Hochschulen.So unterstützen wir unsere Hochschulen darin, Nachhaltigkeit, Werte und Kompetenzen zu vermitteln und zukünftige Lehr- und Führungskräfte dahingehend auszubilden.

Hochschulen gegen Diskriminierung

Auch an Hochschulen gibt es Diskriminiserung und Frauen, sowie trans*, inter* und nicht-binäre Menschen in der Wissenschaft sind immer noch unterrepräsentiert. Zwar konnten wir durch unsere Initiativen bei der Gleichstellung und Antidiskriminierung weiterkommen, doch muss in der Zukunft noch konsequenter gegen Belästigung und Gewalt vorgegangen werden. Den Diskriminierungsschutz des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes wollen wir an unseren Hochschulen endlich auch auf Studierende und Lehrbeauftragte anwenden.Ebenso braucht es Initiativen, um die strukturelle Benachteiligung zu beheben.Die familienpolitische Komponente, mit der die Höchstbefristungsdauer für die Qualifizierungsphase um je zwei Jahre pro Kind verlängert wird, muss an allen Hochschulen auch für Drittmittelbeschäftigte umgesetzt werden. Die Gleichstellungsbeauftragten wollen wir mit einem Organklagerecht stärken. Wir setzen uns für eine stärkere Förderung der Gender Studies als interdisziplinäres Lehr- und Forschungsfeld
an der Universität Potsdam, der einzigen Hochschule in Brandenburg mit diesem Fachbereich, ein, um differenziertere Gesellschaftsforschung hier im Land zu ermöglichen.

Wir wollen Brandenburgs Hochschulen barrierefrei machen. Dafür wollen wir jeden Hochschulcampus in Brandenburg physisch barrierefrei gestalten und stärker die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen. Der Leistungsdruck an Universitäten ist enorm. Hinzu kommen Existenzängste, Wohnungsnot und Sorgen um die Zukunft. Wir wollen die mentale Gesundheit von Studierenden mit besseren psychologischen Angeboten unterstützen. Dazu wollen wir vorhandene Angebote personell besser ausstatten und da, wo es noch keine gibt, neue schaffen. Wir treten für eine landeseigene Förderung der Geschlechterforschung und der Rechtsextrimusmusforschung ein.

Kapitel 20: Gute Ausbildung und Gute Arbeit

In Brandenburg wird in allen Branchen händeringend nach Fachkräften gesucht. Um junge Menschen für eine Ausbildung im Handwerk oder in der Pflege zu begeistern, braucht es gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Studium und duale Ausbildung gleichwertig behandelt und gewertschätzt werden. Auszubildende in Brandenburg müssen von ihrem Gehalt leben können und beste Lernbedingungen an ihren Berufsschulen haben. Insbesondere soll die Weiterbildung zum Industrie- oder Handwerksmeister genau so gebührenfrei möglich sein, wie der Erwerb eines Hochschulabschlusses.

Wir wollen Unternehmen stärker unterstützen und in die Pflicht nehmen, gute Ausbildungsplätze für die Fachkräfte von morgen zu schaffen. Manche Berufsbilder und Lernumfelder im Handwerk regen wir an zu modernisieren, damit sie für junge Menschen attraktiver werden und den Anforderungen einer klimaneutralen Wirtschaft besser entsprechen. Damit junge Menschen den Beruf finden, der zu ihnen passt, wollen wir Jugendberufsagenturen in allen Landkreisen etablieren.

Die Ansiedlung von Zukunftsbranchen in Brandenburg, z.B. durch Klima- und Energiewirtschaftsunternehmen, schafft gute Arbeitsplätze und sorgt für Bedarf an Fachkräften. Alle, die im Land neue Perspektiven suchen, können von dieser Entwicklung profitieren. Deshalb brauchen wir eine Aus- und Weiterbildungsoffensive für die Beschäftigten in diesen Zukunftstechnologien. Im Speziellen für die Umsetzung der Energiewende werden Installateur*innen, Elektriker*innen,

Ingenieur*innen, Planer*innen und Handwerker*innen dringend gebraucht, z.B. für Gebäudesanierungen, Produktion und Installation von erneuerbaren Energien oder Batterie- und Wasserstofftechnologien.

45 Nicht nur die Digitalisierung verändert unsere Arbeitswelt. Um den Status und Wandel der Arbeitswelt besser zu erfassen, wollen wir die Stichprobe des DGB-Index Gute Arbeit durch das Land Brandenburg aufstocken. Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen stärken wir den Rücken und unterstützen moderne Arbeitsmodelle. Wir haben in der Landesregierung den Vergabemindestlohn erhöht und die Vergabe öffentlicher Aufträge neu geregelt. Weitere Vergabegrundsätze wie Klauseln zur Tariftreue wollen wir im Landesvergabegesetz ergänzen. Den Sozialpartnerdialog, das Bündnis für Gute Arbeit sowie den Betriebsrätetag wollen wir fortführen und weiterentwickeln.

46 Um sich dem bundes- und ostdeutschen Durchschnitt anzunähern, wollen wir einen zusätzlichen Feiertag in Brandenburg einführen. Für uns kommen dafür der Frauentag am 8. März, der Tag der Märzrevolutionäre und der ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März, der Tag der Befreiung am 8. Mai, der Kindertag oder der vielfältig historische 9. November in Frage. Wir wollen mit allen demokratischen Fraktionen, den Verbänden und der Zivilgesellschaft in den Austausch gehen, welcher davon in Brandenburg ausgewählt werden sollte.

47 Mehr Ausbildungen finanzieren

48 Nur gut 13 Prozent der Betriebe in Brandenburg bilden im Moment aus. Um ein faires Ausbildungssystem zu schaffen, setzen wir uns für eine Ausbildungsumlage ein. Alle Arbeitgeber*innen zahlen die Umlage in einen Fonds ein. Wer ausbildet, bekommt einen Teil seiner Kosten daraus erstattet. Betriebe, die nicht ausbilden, beteiligen sich damit finanziell an der Ausbildung neuer Fachkräfte. Einzelne Branchen haben mit der Einführung von Ausbildungsumlagen bereits gezeigt, dass dieses System funktioniert und ein Gewinn für alle Beteiligten ist. Besonders wegweisend ist der vom Gesundheitsministerium etablierte Pflegefonds zur Finanzierung der neuen Pflegeausbildung.

49 Azubiwerke gründen

50 Auszubildende müssen in Brandenburg oft weite Strecken zurücklegen, weil sich die passende Berufsschule weit weg befindet.. Viele Azubis müssen daher zeitweise woanders wohnen. Weil Wohnraum knapp ist, nicht überall genügend Wohnheimplätze vorhanden und Azubi-Gehälter klein sind, wird so Vielen der Weg in den Beruf erschwert.

51 Um Auszubildende besser zu unterstützen, wollen wir in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern Azubiwerke nach den Vorbildern in München und Hamburg etablieren. Die neuen Azubiwerke sollen neben dem Bereitstellen von Wohnraum auch darüber hinaus viele Angebote für Auszubildende bereithalten: Psychologische, sowie Sozial- und Rechtsberatung, Kinderbetreuungsangebote und Kulturveranstaltungen.

52 Berufsschulen fit machen

53 Guter Berufsschulunterricht ist für eine erfolgreiche Ausbildung genauso wichtig wie gute Bedingungen im Ausbildungsunternehmen. Doch nur rund die Hälfte aller Auszubildenden ist mit der Qualität des Unterrichts in ihrer Berufsschule zufrieden. Ein wichtiger Grund: Wie im gesamten Schulsystem leiden auch die Berufsschulen an mangelnder digitaler Ausstattung und fehlenden Lehrkräften.

54 Wir wollen, dass Berufsschüler*innen in Brandenburg eine Topausbildung erhalten. Darum haben wir durchgesetzt, dass Berufsschullehrkräfte an der Universität Potsdam jetzt in einem eigenen Studiengang ausgebildet werden. Wir wollen Quereinsteiger*innen an Berufsschulen fördern, indem wir die Weiterbildungsmöglichkeiten stark verbessern. Um eine flexiblere Berufsausbildung mit einem

größeren Angebot an Fächern zu ermöglichen, wollen wir an Berufsschulen digitalen Hybridunterricht etablieren.

55 Dafür wollen wir die Schulträger bei der Ausstattung der Schulen mit einer angemesseneren digitalen Infrastruktur (Glasfaser, WLAN für Lehrende und Lernende) und digitalen Endgeräten für Lehrkräfte unterstützen.

56 Gemeinsam mit allen Partnern der dualen Ausbildung prüfen wir Alternativen zur Schul-Cloud. Dabei setzen wir auf OpenSource-Software und eine längerfristige und nachhaltige Weiterentwicklung.

57 Betriebs- und Personalräte stärken

58 Betriebs- und Personalräte sind die demokratisch gewählten Interessenvertretungen der Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen. Sie sind unverzichtbare Ansprechpartner von Arbeitgebern und Belegschaft in allen Belangen des Arbeitslebens - allerdings werden Beschäftigten, die einen Betriebsrat gründen oder ihrer Arbeit im Betriebsrat nachgehen wollen, werden immer wieder Steine in den Weg gelegt.

59 Die Bildung und die Arbeit von Betriebs- und Personalräten sind nicht immer selbstverständlich. Gezielte Störungen, Behinderungen oder sogar Verhinderung von Betriebsratstätigkeit und von gewerkschaftlicher Betätigung, sogenanntes Union Busting, sind keine Seltenheit. Das Betriebsverfassungsgesetz sieht in solchen Vorgehensweisen Straftaten, die mit einer Geldstrafe oder bis zu einem Jahr Haft geahndet werden können. Die Umsetzung durch die Strafverfolgungsbehörden weist jedoch Verbesserungsbedarfe auf. Wir wollen deshalb mit der Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft, die mit ausreichendem und dafür qualifizierten Personal ausgestattet ist, die Verfolgung dieser Delikte unterstützten. Beamt*innen in Polizei und Justiz sind in der Ausbildung gezielt für diese Straftaten zu sensibilisieren. Sie sollen außerdem die gesetzliche Mindestquote von Frauen in den Räten überprüfen.

60 Die Digitalisierung verändert beständig die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Homeoffice und mobiles Arbeiten verwischen die Grenzen von Arbeit und Privatsphäre, von Arbeitszeit, Arbeitsmenge und Arbeitsort. Um diese Veränderungen im Interesse der Beschäftigten zu gestalten, wollen wir eine mitbestimmungsrechtliche Zuständigkeit der Personalräte für alle personellen, sozialen und organisatorischen Angelegenheiten im Brandenburgischen Personalvertretungsgesetz verankern (Allzuständigkeit). Die Mitbestimmung der Personalräte in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes ist deutlich zu stärken.

61

62

63 Um die Rechtsstellung von Personalräten bei der Durchsetzung von Beteiligungsrechten ist zu verbessern, wollen wir den eigenständigen Zugang der Personalräte zu der jeweiligen Einigungsstelle ermöglichen und das Letztentscheidungsrecht der Dienststellenleitungen auf enge Ausnahmen beschränken. Wie im Betriebsverfassungsgesetz wollen wir den Personalräten zudem einen gerichtlich durchsetzbaren Anspruch auf Rückgängigmachung beteiligungswidriger Maßnahmen und auf zukünftige Unterlassung gegenüber den Arbeitgebern einräumen.

64

65 Für die studentischen Beschäftigten in den Hochschulen und Universitäten Brandenburgs wollen wir die Einrichtung von eigenständigen Personalvertretungen im Brandenburgischen Personalvertretungsrecht ermöglichen. Die Verfahrensregelungen, wie z.B. die Wahlperioden, sind auf die Besonderheiten der Arbeitsverhältnisse der studentischen Beschäftigten abzustellen.

Für ein soziales und ökologisches Vergaberecht

Deutsche Firmen erhalten rund ein Drittel ihrer Aufträge von Bund, Ländern und Kommunen. Darum kann es große Wirkung haben, wenn das Land Brandenburg bei seinen öffentlichen Aufträgen strengere Ansprüche an ökologische und soziale Ziele stellt. Dafür wollen wir das Vergaberecht ändern.

2021 haben wir mit der Novelle des BbgVergabegesetzes in diesem Bereich bereits große Schritte gemacht und erreicht, dass der Landeshaushaltsordnung unterliegenden Stellen bei der Vergabe ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen sollen. Unternehmen, die für das Land arbeiten, müssen ihren Beschäftigten mindestens einen Lohn von 13 Euro pro Stunde zahlen und vom Auftraggeber zu definierende Umweltansprüche erfüllen. Nach der hohen Inflation und den nachfolgenden Lohnsteigerungen muss dieser Vergabemindestlohn deutlich angehoben werden. Uns leitet dabei die EU-Richtlinie die den Mindestlohn bei mindestens 60% des Medianlohns vorgibt. Damit überschreiten wir inzwischen die 14€ und nähern uns den 15€. Wir wollen bereits vorhandene soziale und ökologischen Vergabeanforderungen praktikabel weiterentwickeln, dabei auch den Baubereich einschließen und verbindlich in einer Verwaltungsvorschrift bündeln.

Ein guter Vergabemindestlohn kann aber nur eine Untergrenze darstellen. Besser sind Tarifverträge, die neben guten Löhnen auch beim Urlaubsanspruch, der Arbeitszeit, der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und in vielen anderen Bereichen für gute und geregelte Arbeitsbedingungen sorgen. Jedoch sinkt die Tarifbindung stetig, auch weil Unternehmen mit Tarifverträgen im Wettbewerbsnachteil sind, weil sie mit höheren Lohnkosten kalkulieren müssen. Deshalb fordern wir neben einem höheren Mindestlohn und starken Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien auch eine Tariftreueklausel. Damit erhalten solche Unternehmen öffentliche Aufträge, die tarifgemäß bezahlen. Wir orientieren uns dabei am Berliner Modell im Sinne eines einheitlichen Wirtschafts- und Tarifraus und da zahlreiche Brandenburger Unternehmen die Berliner Regelungen durch Teilnahme an dortigen Ausschreibungen bereits kennen. Tariftreue soll dabei nicht nur für Vergaben, sondern auch für Wirtschaftsförderung und Zuwendungsempfänger als
Voraussetzung gelten.

Durch starke ökologische und soziale Vorgaben wird das Vergaberecht komplexer, auch für die Unternehmen. Zudem muss ab einem niedrigen Schwellenwert europaweit ausgeschrieben werden. Wir setzen uns für eine deutliche Erhöhung dieser Werte bei der EU ein, um die Vergabeverfahren zur Transformation der öffentlichen Infrastruktur schneller, einfacher und effizienter durchführen zu können. Damit die Vergabestellen der Kommunen nicht überfordert werden, wollen wir eine zentrale Vergabestelle für öffentliche und öffentlich beherrschte Auftraggeber anbieten. Diese kann Vergaben durchführen und durch gebündelte Expertise effizienter gestalten.

Freie Träger fair finanzieren

Freie Träger übernehmen eine Vielzahl von Aufgaben im öffentlichen Auftrag oder bieten freiwillig ihre Leistungen an. Sie sind damit fester Bestandteil zum Funktionieren und zur Bereicherung unserer Gesellschaft in allen Bereichen. Aber selbst dann, wenn ihnen eine Tarifierung in Anlehnung an TVL oder TVÖD auferlegt wird, sind damit nicht automatisch entsprechende regelmäßige Anpassungen der Fördersummen und Zuwendungen verbunden. Das wollen wir ändern. Grundsätzlich sollen bei der Landesförderung von Freien Trägern eine sachgerechte Eingruppierung ermöglicht- und regelmäßig die Teuerungsrate und Tarifsteigerungen berücksichtigt werden. Darüber hinaus werden wir für regelmäßig erbrachte Aufgaben auch längerfristige Förderperioden etablieren und die Verfahren von Antragsstellung und -abrechnung entbürokratisieren.

Kapitel 21: Kita und Schule

Wir wollen, dass Brandenburgs Kitas und Schulen unsere Kinder und Jugendlichen besser für die Zukunft vorbereiten, sie entsprechend ihren individuellen Fähigkeiten fördern und die selbstbestimmte Entwicklung ermöglichen. Noch immer hängt Bildungserfolg viel zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Die Gründe für das schlechte Abschneiden der Brandenburger Schüler*innen bei den Leistungserhebungen in den Kernkompetenzen Lesen, Rechnen und Schreiben sind vielschichtig und werden von uns systematisch angegangen. Ein aktuell großes Problem ist der Lehrkräftemangel, bei dem wir in den nächsten Jahren noch stärker als zuvor das Ruder alter Fehlentscheidungen herumreißen wollen. Problematisch ist auch die zu frühe Aufteilung der Kinder auf verschiedene Schulformen, was weniger bildungsaffine Familien dauerhaft benachteiligt. Wir wollen Schüler*innen aktiver an ihren Lernprozessen beteiligen und bei inklusivem Lernen, Digitalisierung und Demokratiebildung besser werden. Wir wollen

Empathie, Wertschätzung füreinander und das Arbeiten miteinander als Voraussetzung für gegenseitige Aktzeptanz, Toleranz und Weltoffenheit fördern.

Der Bekämpfung des Fachkräftemangels in Schulen und Kitas wollen wir zukünftig eine Priorität einräumen und in den nächsten Jahren alles daran setzten, möglichst viele gute ausgebildete Pädagog*innen in unsere Kitas und Schulen zu bringen und sie mit Weiterbildungen immer auf dem neuesten Stand halten. Wir setzen uns dafür ein, dass unser Bildungssystem endlich die finanziellen Ressourcen erhält, die es braucht. Dazu gehört auch, dass Steuergelder gezielt eingesetzt werden und insbesondere Mittel für benachteiligte Schüler*innen und Standorte diese auch erreichen. Gerade dort, wo Kinder zuerst Deutsch lernen müssen, wo Schüler*innen mit Behinderungen lernen und wo Familien besondere Hilfen benötigen, wollen wir unterstützen. Kitas und Schulen in benachteiligten Lagen sollen so mehr Geld bekommen, was dann auch den Schüler*innen und den Kita-Kindern zugutekommt.

Strukturelle Änderungen lassen sich jedoch bereits kurzfristig auf Landesebene vornehmen: Verwaltungsaufgaben von Erziehern und Lehrern sind zu "entschlacken" und Verwaltungsfachkräften zu übertragen. die Entwicklung von Schulverwaltungsprogrammen ist effizienter zu gestalten. Dem Weiterbildungsbedarf der Pädagogen muss durch eine entsprechende Anrechnung auf das Stundendeputat Rechnung getragen werden. Weiterbildungsmaßnahmen dürfen nicht länger im Belieben der "Freizeitgestaltung" des Schul- und Kitapersonals verbleiben.Schulen dürfen keine Orte der Angst sein. Darum wollen wir der demokratischen Bildung mehr Platz einräumen und insbesondere Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus an Schulen und Kitas entschlossen entgegentreten. Wir rücken eine kritische Auseinandersetzung mit der deutschen und Brandenburger Kolonialgeschichte stärker in den Fokus. Dadurch sollen deren weiterhin andauernde Auswirkungen auf rassistische gesellschaftliche Strukturen und eurozentrische

Denkweisen im Bildungsbereich stärker reflektiert und überwunden werden.

Dazu gehört auch, dass wir Schüler*innen den Raum geben, sich freiheitlich und kreativ zu entfalten. Brandenburgs Schüler*innen sind selbstbewusst, vielseitig erfolgreich und selbstbestimmt. Dieses Potenzial wollen wir auch in Zukunft voll ausschöpfen. Lehrkräfte, die rassistische, antisemitische oder diskriminierende Vorfälle melden wollen, können das annonym machen oder Unterstüzungsangebote in Anspruch nehmen.

Wir unterstützen freie Schulen, die reformpädagogisch orinetiert sind und so die Schullandschaft bereichern. Gleichfalls wollen wir, dass sie in die Schulentwicklungsplanung, Schulvisitation und in die Mitwirkungsgremien einbezogen werden. Wir haben uns bereits erfolgreich für eine bessere Finanzierung eingesetzt. Die Wartezeit, bis freie Schulen Zuschüsse vom Land erhalten, haben wir verkürzt und setzen uns dafür ein, dass ihnen rückwirkend ein Teil der Kosten erstattet wird, sobald sie die zweijährige Wartefrist durchlaufen haben.

Wir wollen Schule neu denken. Wir setzten uns für längeres gemeinsames Lernen und mehr individuelle Förderung für jedes Kind ein. Wir wollen Schulen zu Orten zum Lernen und Leben machen, an denen sich alle Beteiligten wohl fühlen und ihre Potentiale bestmöglichst ausschöpfen können. Wir setzten uns für Schulzentren ein, die Grund- und weiterführende Schulen vereinen und alle Abschlüsse emöglichen, auch den Weg zur Allgemeinen Hochschulreife. Wir setzen uns für Schulzentren ein, die mehrere Schulformen vereinen und damit Kindern ein längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Ein erster Schritt hin zur Errichtung neuer Schulzentren können Kooperationen von Grund- und Oberschulen sein, die wir fördern möchten. In Schulzentren wollen wir möglichst alle Abschlüsse anbieten, auch den Weg zur allgemeinen Hochschulreife. Besonders in ländlichen Regionen wollen wir Schulträger ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen.

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Architektur für Bildung gibt es im Kapitel „Bauen, Planen und Wohnen"

Hinweis: Mehr Projekte zum Thema Berufsschulen gibt es im Kapitel „Ausbildung, Gute Arbeit und Fachkräfte"

Beste frühkindliche Bildung

Wir wissen, wie wichtig die frühkindliche Bildung für den Bildungsweg unserer Kinder ist. Zeit, dass wir auch so handeln. Für die Kitaswollen wir mehr gut ausgebildetes Personal, eine moderne Ausstattung mit viel Raum, Licht und Natur sowie hochwertiges Essen in unseren Kitas. Für die Kleinen unter 3 Jahren stärken wir die Betreuung in der Kindertagespflege. Tagesmütter und -väter werden besser qualifiziert und finanziell auskömmlich ausgestattet. Je motivierter ihr Engagement, desto wichtiger ist ihr Beitrag zur frühkindlichen Bildung.

Mehr Zeit der Erzieher*innen für jedes einzelne Kind ist eine wichtige Voraussetzung, damit Kitas ihren Bildungsauftrag erfüllen können. Das sorgt für soziale Gerechtigkeit sowie für gute Arbeitsbedingungen und beugt Überlastung vor. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr viele zusätzliche Erzieher*innen in die Kitas gebracht, die Fachkraft-Kind-Relation stetig verbessert und wollen in Zukunft ein Kind-Pädagog*innen-Verhältnis von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:7 für ältere Kinder ermöglichen. In einem nächsten Schritt wollen wir zunächst die Leitungsfreistellung für Kitas ausweiten und dann weitere Schritte bei der Verbesserung der Personalschlüssel gehen. Dabei sollen auch die Horte einbezogen werden. Wir wollen außerdem einen verbindlichen Personalschlüssel, der die Zeiten für Urlaub, Fortbildung, Krankheit und Elternarbeit einbezieht.

Um mehr pädagogische Fachkräfte in den Beruf zu bringen, starten wir eine Fachkräfteoffensive, schaffen das Schulgeld für Erzieher*innen in Ausbildung ab, bauen berufsbegleitende Ausbildungsgänge aus und sichern ein hohes Ausbildungsniveau. So machen wir den Beruf noch attraktiver. Kitas und Horte sind Bildungseinrichtungen. Deshalb streben wir weitere Schritte bei der Beitragsfreiheit an. Die Maßnahmen, die bereits zur finanziellen Entlastung von Familien getroffen wurden, werden wir fortsetzen. Bereits jetzt sind Drei- bis Sechsjährige vollständig beitragsfrei, Familien mit kleinen und mittleren Einkommen werden ganz oder teilweise entlastet. In weiteren Schritten werden wir zunächst die Hortkinder beitragsfrei stellen, um einen echten Ganztag zu ermöglichen, und dann Schritt für Schritt die Krippenkinder.

Die Kitarechtsreform werden wir neu angehen mit dem Ziel, die Kitafinanzierung zwischen Land, Kommunen, Trägern und Eltern auf Augenhöhe, transparent und gerecht zu regeln. Wir stehen zu Kitas in freier Trägerschaft und damit zu einem vielfältigeren Angebot.

Deshalb setzen wir uns für verbindliche Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung in Kitas, Horten und Tagespflege ein.

Multiprofessionelle Teams in Kitas, Horten und Schulen

Bildung im 21. Jahrhundert darf nicht ideenloses Pauken sein. Es sieht vorrangig das persönliche Wachstum im gemeinsamen Suchen nach Lösungen, das soziale Lernen in einer Lehr- und Lerngemeinschaft im Vordergrund. um dem gerecht zu werden und den komplexen Hilfebedarfen von Familien gerecht zu werden, braucht es darum Expert*innen aus Psychologie, Sozialarbeit, Heilpädagogik und Gesundheit in unseren Bildungseinrichtungen.

Dank unseres Einsatzes gibt es diese multiprofessionellen Teams heute schon an vielen Brandenburger Schulen. Sie helfen dort unter anderem, die Folgen des Lehrer*innenmangels abzufedern. Wir wollen Qualitätsstandards für multiprofessionelle Teams entwickeln Wir wollen noch mehr Teams an Brandenburgs Kitas und Schulen bringen und sicherstellen, dass diese kein bestehendes Kita- und Lehrpersonal ersetzen. Kita- und Schulsozialarbeit sind eine Erfolgsgeschichte, die wir fortführen und ausbauen werden.

Inklusive Schule für alle

Schulen und Kitas sollten Orte sein, die Kinder und Jugendliche zusammenbringen und ihnen ein sicheres Aufwachsen in einer Gemeinschaft ermöglichen. Darum wollen wir eine Schule, in der alle Menschen unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Lage, der familiären Umstände, der Herkunft, mit und ohne Behinderun, der religiösen Überzeugung, der geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung gemeinsam lernen. Wir wollen jedes Kind so fördern, dass es seine Potenziale bestmöglich entfalten kann.

Wir wollen die Bedingungen dafür schaffen, dass alle Schüler*innen gemeinsam an einer Regelschule lernen können. Diesem Ziel wollen wir einen gesetzlichen Vorrang zu Förderschulen einräumen. Dank des Programms „Schule für gemeinsames Lernen“ sind schon heute über 80.000 Brandenburger Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in gemeinsamen Klassen. Dieses Erfolgsmodell wollen wir fortsetzen und mindestens 20 Prozent mehr Schulen, darunter erstmals auch Gymnasien, in das Programm holen. Außerdem wollen wir den Stellenwert von Antidiskriminierung im gesamten Programm ausbauen. Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte im Bereich Inklusion wollen wir im neu zu gründenden Landesinstitute ausbauen.

Um eine inklusive Schule besuchen zu können, sollen Brandenburger Kinder keine weiten Wege zurücklegen müssen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens eine Grundschule und eine weiterführende Schule , die insbesondere für die Aufnahme von Schüler*innen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen vorbereitet sind. An diesen Schulen lernen alle Schüler*innen gemeinsam und werden dabei von multiprofessionellen Teams besonders unterstützt. Diese inklusiven Schwerpunktschulen sollen vorrangig in sogenannten Schulzentren geschaffen werden, wo Grundschule und weiterführende Schule am gleichen Ort längeres gemeinsames Lernen ermöglichen. Dafür muss Barrierefreiheit im gesamten Schulbereich geschaffen werden. Nur dann kann umfassende Teilhabe für Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen an allen schulischen Aktivitäten möglich sein.

Immer noch haben Schüler*innen in Förderschulen mit den Förderschwerpunkten "Geistige Entwicklung" oder "Lernen" keine Möglichkeiten, einen regulären Schulabschluss zu erreichen. Das wollen wir ändern und zukünftig eigene kompetenzorientierte Schulabschlüsse für diese Gruppe schaffen. Langfristig wollen wir dass möglichst viele Schüler*innen in inklusiven Klassen lernen und wie alle Kinder, einen Schulabschluss erreichen können.

Die Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder kommt. Darum wollen wir frühzeitig gute Qualitätsstandards entwickeln und Beratungsangebote für Schulen schaffen. Mit Fortbildungen, Konzepten und Förderungen wollen wir Schulen und ihre Teams bei der Entwicklung des Ganztags

unterstützen. Ziel ist, auch Grundschulen den Weg hin zu gebundenen Ganztagsangeboten zu öffnen, bei denen sich Phasen von Lernen und Entspannen abwechseln.

Lehrkräfte besser fortbilden

Auf dem Weg zu besserer Bildung spielen das Fortbildungssystem und die Qualitätssicherung an unseren Schulen eine wichtige Rolle. Das Landesinstitute für Schule und Medien (LISUM) wollen wir nach der Trennung von Berlin neu aufbauen. Weil sie ihre Arbeit am besten kennen, wollen wir Schulleitungen und Lehrkräften in diesem Bereich mehr Freiheit und Eigenverantwortung geben. Wir wollen mehr Fortbildungen ermöglichen, an denen alle pädagogischen Mitarbeiter*innen an Schulen gemeinsam im Team teilnehmen können. Lehrer*innen sollen aktiv in ihrer Entwicklung unterstützt werden, zum Beispiel mit verbindlichen Personalentwicklungsgesprächen und Coachingangeboten.

Die Qualität und Erfolge von Fortbildungen und Bildungsmaßnahmen sollen stärker überprüft und Lehrkräften mehr Angebote zur Selbstevaluation und Supervision gemacht werden. Die Schulvisitation wollen wir fortsetzen und auch wichtige Faktoren wie das Schulklima, die Persönlichkeitsentwicklung der Lernenden, Demokratiebildung einbeziehen und diskriminierungssensible Kompetenzen ins Auge fassen wollen. Wir unterstützen Schulen bei der Weiterentwicklung. Das Programm "Schule macht stark" wollen wir ausbauen.

In der Schule auf das Arbeitsleben vorbereiten

Sozialpartnerschaft ist die tragende Säule unseres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Daher muss das Wissen über Gewerkschaften, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung in der Lehre in Schulen und Hochschulen zukünftig einen höheren Stellenwert bekommen. Wir möchten zudem für Gewerkschaften ein Zugangsrecht zu Schulen und Hochschulen sicherstellen.

Eine neue Prüfungskultur

Schulnoten in Ziffernform sind umstritten. Sie erscheinen oft ungerecht und wirken demotivierend, statt Lust am Lernen und an Leistung zu wecken. Reformschulen machen vor, dass es auch anders geht. Wir wollen Notenbewertungen Schritt für Schritt durch besser verständliche Lernstandserhebungen ersetzen, die auch eine Selbsteinschätzung der Schüler*innen einbeziehen. Viele Lehrkräfte und Schüler*innen wünschen sich zeitgemäße Beurteilungsmöglichkeiten wie Portfolios oder Lernberichte. Wir treten dafür ein, dass bei der Ermittlung der individuellen Leistungen einer Vielfalt an Formaten der Leistungsbemessung Rechnung getragen wird und wollen Schulen die Möglichkeit geben, dass sie in Zukunft bis einschließlich Jahrgangsstufe 8 auf Ziffernnoten verzichten können. Wo sie noch nötig sind, sollen Zensuren im Ermessen der Lehrkraft wohlwollend sowie nachvollziehbar und transparent vergeben werden.

Lehramtsstudium reformieren und praxisnäher machen

In den kommenden zehn Jahren müssen wir in Brandenburg jährlich etwa 1000 bis 1.500 Lehrer*innenstellen neu besetzen. Um diesen riesigen Bedarf zu erfüllen, konnten wir bereits mehr Lehramtsstudienplätze in Potsdam und Senftenberg auf den Weg bringen. In Senftenberg gehen wir in der Lehrkräfteausbildung neue Wege und verzahnen Theorie und Praxis enger. Wir wollen das Lehramtsstudium grundsätzlich reformieren und zu einem praxisorientierten dualen Studium weiterentwickeln.

Während des Studiums soll es bezahlte Praxisphasen geben und der Vorbereitungsdienst (das Referendariat) soll in den Masterstudiengang integriert werden. So können Studierende frühzeitig eine Bindung zur Schule aufbauen, mehr Praxiserfahrungen machen und das Studium verkürzen. Damit

wollen wir das Studium attraktiver machen und die Zahl der Absolvent*innen erhöhen. Außerdem sollten mindestens drei Prozent der Studiumsleistungen im Bereich der Inklusions- und Sonderpädagogik erworben werden. Studiumsbezogene und ehrenamtliche Leistungen im Bereich der kulturellen Kompetenzen wollen wir durch ein landesweites Zertifikat anerkennen.

Wir wollen den Zugang zum Studium erleichtern und die Zugangsbeschränkungen abschaffen, indem wir die Zahl der Studienplätze weiter ausbauen und in Frankfurt (Oder) einen neuen Standort für das Lehramtsstudium entwickeln. Angesichts des Lehrkräftemangels werden wir auch weiterhin Seiteneinsteiger*innen dringend brauchen. Wir wollen sie für ihre Aufgabe gut qualifizieren, möglichst schon vor Beginn der Unterrichtstätigkeit. Die berufsbegleitenden Studienangebote werden wir in Zusammenarbeit mit den Bildungsträgern und den Universitäten ausweiten. Das Refugee Teacher Programm wollen wir fortführen und für Lehrkräfte aus dem Ausland öffnen. Gerade Schulen im ländlichen Raum leiden besonders unter dem Lehrkräftemangel. Deshalb wollen wir das erfolgreiche Landlehrkräftestipendium weiterführen und ausbauen. Für den Berufseinstieg, die sogenannte "dritte" Phase nach dem Referendariat, wollen wir im neu dafür zu gründenden Landesinstitut Angebote schaffen. Wir wollen Schule neu denken. Darum
wollen wir in Potsdam eine sogenannte Universitätsschule schaffen, die unter wissenschaftlicher Begleitung neue Unterrichtskonzepte erprobt und damit zu einer Blaupause für die Schule von Morgen werden kann.

Mehrsprachigkeit leben

Wir haben dafür gesorgt, dass Brandenburg ein Mehrsprachigkeitskonzept bekommt. Damit wollen wir die in Brandenburg besonders geschützten Minderheitenheiten- und Regionalsprachen wie Sorbisch und Niederdeutsch, aber auch unsere Nachbarsprache Polnisch und die Herkunftssprachen von Zugewanderten stärker fördern. Im Landtag wollen wir dafür ein Niederdeutsch-Gesetz verabschieden. Gleichzeitig sorgen wir für gute Deutschkenntnisse und ein gutes Fremdsprachenangebot. Pilotprojekte für das frühe Lernen von Polnisch, Sorbisch, Niederdeutsch und ein größeres Angebot an Unterricht von Herkunftssprachen wollen wir mit zusätzlichen Mitteln fördern. Wir wollen die neue Grundschullehrkräfteausbildung in Senftenberg um Sorbisch und Polnisch erweitern, ein Polnischlehramt an der Viadrina prüfen und Mehrsprachigkeit auch im neuen Berufsschullehramt und in der Ausbildung von Erzieher*innen integrieren. Wir wollen die Sprachlernreihenfolge in der Grenzregion umdrehen: Früher Spracherwerb ist vor allem
sinnvoll bei Nachbar- und Minderheitensprachen, Englisch folgt regulär. Daher fördern wir Pilotprojekte für weitere mehrsprachige Kitas und Grundschulen. Die Europaschulen sollen mehr Sprachangebote unterbreiten können. Wir haben uns für ein Niederdeutschgesetz stark gemacht und begrüßen, dass dieses nun auf den Weg gebracht wurde. Gute Beispiele wie Pflegeangebote auf Niederdeutsch wollen wir ausdehnen. Zur Koordination dient das geplante Kompetenzzentrum Mehrsprachigkeit, dass wir am LISUM gemeinsam mit den Brandenburger Universitäten einrichten wollen, die zu Mehrsprachigkeit forschen.

Bestmöglicher Schulstart

Aktuell gilt in Brandenburg: Kinder, die bis zum 30. September eines Jahres sechs Jahre alt werden, müssen im selben Jahr eingeschult werden.
Eltern können für ihre jungen Kinder zwar eine Rückstellung beantragen, doch ist dieser Prozess kompliziert und nicht immer erfolgreich. Um mehr Brandenburger Kindern einen erfolgreichen Start in die Schulzeit zu ermöglichen, wollen wir den Einschulungsstichtag in den nächsten drei Jahren jeweils einen Monat nach vorne verlegen, um letztendlich den 30. Juni zum neuen Stichtag zu machen.
Auf die dann noch vorhandenen Entwicklungsunterschiede muss die Schuleingangsphase reagieren. Auf dem Bewegungs- und Spielbedarf ist Rücksicht zu nehmen. Eine Lernhaltung muss behutsam nach und

nach gefördert werden. Die Übergänge zwischen Kita und Schule, Grundschule und weiterführender Schule, SEk I und SEK II oder Ausbildung gehören zu den besonders sensiblen Phasen in den Bildungsbiographien von Kindern und Jugendlichen. Wir wollen die Übergänge durch gute kooperationsangebote zwischen den Bildungsträgern erleichtern.

Mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung und Eigenverantwortung für Schulen

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) für Globales Lernen wollen wir im schulischen und außerschulischen Bereich ausbauen und die Projektförderung vereinfachen und verstetigen.

Das Fach Lebensgestaltung, Ethik und Religionskunde wollen wir auch in der Sekundarstufe II anbieten, da es einen Beitrag für interreligiösen Dialog und Integration darstellt und Demokratiekompetenz fördert.

Wir leben in Zeiten multipler Krisen, die bei vielen Schüler*innen große Ängste auslösen. Viele Lehrkräfte wünschen sich mehr Raum und Zeit, um darauf zu reagieren und sich mit aktuellen Problemen auseinanderzusetzen. Wir unterstützen Schulen, die mehr Eigenverantwortung wollen, um Projektlernen, Demokratie und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, sowie Themen wie bspw. Klimaschutz, Künstliche Intelligenz (KI) und mentale Gesundheit in den Lerninhalten mit berücksichtigen, um Schüler:innen auf zukünftige Lebensrealitäten vorzubereiten. Das mit dem Aufholprogramm Corona eingeführte Schulbudget wollen wir verstetigen.Lebenslanges Lernen

Die fachdidaktische Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern mit Befähigung für die Sekundarstufe II im Fach LER, wie auch in dessen Bezugswissenschaften Philosophie, Psychologie und Religionswissenschaft, soll zum Studienangebot von Hochschulen im Land Brandenburg gehören. Für bereits ausgebildete Lehkräfte ist ein Angebot zur berufsbegleitenden Weiterbildung für die Befähigung für die Sekundarstufe II zu schaffen. Lernen ist ein lebenslanger Prozess und hört nicht mit dem Abschluss der Berufsausbildung auf. Die Grundbildungszentren wollen wir fortführen und auf alle Kreise ausdehnen. Die Volkshochschulen, Erwachsenenbildungsstätten, die Landeszentrale für politische Bildung sowie die Schule für niedersorbische Sprache und Kultur sind unverzichtbarer Bestandteil unserer Bildungslandschaft. Wir wollen sie stärken und gerade in ländlichen Regionen die Angebote weiter ausbauen. Angebote des zweiten Bildungswegs müssen besonders in ländlichen Regionen erreichbar sein. Hier wollen wir
verstärkt auf Möglichkeiten zum hybriden Unterricht setzen. Lebenslanges Lernen sorgt für soziale, kulturelle, berufliche und politische Teilhabe. Das stärkt den Zusammenhalt und unsere Demokratie.